



Stellungnahme vom 03.05.2019

Psychiatriepatient stirbt nach Zwangsmaßnahmen – Tod im UKE darf nicht folgenlos bleiben

Die Vorkommnisse um den Tod von William Tonou-Mbobda werfen eine ganze Reihe Fragen auf und diese sollten nicht nur gestellt, sondern auch umfassend beantwortet werden. Die HGSP fordert die verantwortlichen politischen Akteure auf, die in diesem Zusammenhang gestellte Anfrage der LINKEN vollumfänglich und gewissenhaft zu beantworten. Gleichzeitig stellt sich einmal mehr die Frage, wie und in welcher Weise wir in dieser Gesellschaft Menschen mit Hilfebedarf entgegentreten. Von der legitimierten und notwendigen Zwangsbehandlung bis zur unverhältnismäßigen Gewaltanwendung ist es bisweilen ein sehr schmaler Grat. Das wissen insbesondere die professionell handelnden Akteure im psychiatrischen Umfeld. Nur eine vollständige Aufklärung der Geschehnisse erlaubt eine Beurteilung und gegebenenfalls auch Verurteilung. Wir sollten uns aber nicht nur auf die möglichen Versäumnisse oder Fehlhandlungen im UKE fokussieren. Die verantwortlichen Fachbehörden in den Ressorts Gesundheit und Soziales sind gut beraten, den Tod von Herrn Tonou-Mbobda nicht als tragischen Einzelfall zu bewerten. Dessen Aufarbeitung liegt zwar vorrangig in der Verantwortung der Klinik. Dennoch braucht es jetzt vor allem ein ernsthaftes und erkennbares Bestreben nach einer sozialen Psychiatrie und auch psychiatrischer Behandlung, die eine grundsätzlich andere Handlungsweise für Menschen in Notlagen ausweist.

Weitere Informationen und Kontakt:

Michael Schweiger (Vorstand)

Telefon: 0 40/38 90 45-48

E-Mail: michael.schweiger@dgsp-hamburg.de

www.dgsp-hamburg.de